



Bericht

der Landesregierung – Ministerium für Justiz und Gesundheit (MJG)

**Tätigkeitsbericht 2022/2023 der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten
und deren Angehörige und der Opferschutzbeauftragten des Landes
Schleswig-Holstein**

Tätigkeitsbericht 2022/2023

der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von
Straftaten und deren Angehörige
und der Opferschutzbeauftragten des
Landes Schleswig-Holstein



Schleswig-Holstein
Ministerium für Justiz
und Gesundheit

Tätigkeitsbericht 2022/2023

der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von
Straftaten und deren Angehörige
und der Opferschutzbeauftragten des
Landes Schleswig-Holstein

Dezember 2024

Vorwort der Ministerin für Justiz und Gesundheit



Der Schutz von Opfern und Betroffenen von Straftaten hat einen besonderen Stellenwert in Schleswig-Holstein. Dies zeigt auch der vorliegende Tätigkeitsbericht der Zentralen Anlaufstelle und der Opferschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein für die Jahre 2022 und 2023, der eine Fortschreibung der beiden vergangenen Berichte darstellt.

In diesen Berichtszeitraum fiel ein für uns alle einschneidendes und schmerzliches Ereignis: Die Tat in einem Regionalzug bei Brokstedt. Damals sind durch einen brutalen Messerangriff in einem Regionalzug bei Brokstedt zwei junge Menschen getötet und mehrere Menschen schwer verletzt worden. Viele Fahrgäste haben die Tat als Augenzeugen miterlebt. Rettungskräfte und Polizei kamen in eine unübersichtliche Situation und waren furchtbaren Eindrücken ausgesetzt. Allen diesen Betroffenen – Verletzten, Angehörigen, Augenzeugen und Einsatzkräften – musste unmittelbar geholfen werden.

Es zeigte sich, dass wir mit unserer „Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige“ und mit der Opferschutzbeauftragten unseres Landes auf eine sehr gut aufgestellte Struktur zurückgreifen konnten. Dafür war und bin ich sehr dankbar.

Die Mitarbeitenden der Zentralen Anlaufstelle und die Opferschutzbeauftragte waren durch viele Gespräche und Vernetzungsarbeit in den vergangenen Jahren bestmöglich auf Großschadenslagen und Straftaten wie die Tat bei Brokstedt vorbereitet. Das war wichtig, weil dadurch – neben der engagierten und professionellen Arbeit der Ermittlungsbehörden und der zahlreichen beteiligten Opferhilfeorganisationen – die Unterstützung für alle Betroffenen, beispielsweise durch den mehrfach einberufenen „Runden Tisch“, zeitnah gebündelt werden konnte.

Fest steht, dass Opfer von Straftaten und ihre Angehörigen mit den Folgen der Taten nicht allein gelassen werden dürfen. Es hatte sich in der Vergangenheit gezeigt, dass der Zugang zu den vielfältigen und zum Teil auch komplizierten rechtlichen und finanziellen Regelungen und Unterstützungsangeboten vereinfacht werden musste und das Zusammenspiel der verschiedenen Institutionen noch besser gestaltet werden konnte. Dabei bestätigt der Tätigkeitsbericht, dass sich die Informations- und Koordinierungsfunktion der Zentralen Anlaufstelle, die den schnellen Zugang zu Hilfsangeboten ermöglicht, genauso bewährt hat wie die unabhängige Stellung der Opferschutzbeauftragten.

An dieser Stelle danke ich ausdrücklich unserer Opferschutzbeauftragten Frau Stahlmann-Liebelt, die durch ihre hervorragende Arbeit sicherstellt, dass Opfer und Betroffene im konkreten Fall die schnelle und unkomplizierte Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Darüber hinaus ist es Frau Stahlmann-Liebelt zu verdanken, dass das Zusammenwirken der verschiedenen Akteurinnen und Akteure, die sich so tatkräftig für den Opferschutz engagieren, noch verbessert werden konnte. Auch Ihnen gilt mein herzlichster Dank!

Prof. Dr. Kerstin von der Decken

Ministerin für Justiz und Gesundheit des
Landes Schleswig-Holstein

Inhaltsverzeichnis

1. Teil	Tätigkeitsbericht der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige	5
	I Grundlagen der Arbeit	6
	1.1. Opferunterstützungsgesetz (OuG)	6
	1.2. Aufgaben und Erreichbarkeit	6
	1.3. Organisation im MJG	8
	II Tätigkeiten	9
	2.1. Der Anschlag von Brokstedt	9
	2.2. Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit	9
	2.3. Runde Tische	9
	2.4. Opferschutztag	10
	1. Opferschutztag 2022	10
	2. Opferschutztag 2023	11
	2.5. Netzwerktreffen und Fachaustausch	12
	2.6. Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	12
	2.7. Anfragen zu Hilfsangeboten	12
	III Fazit	14
2. Teil	Tätigkeitsbericht der Opferschutzbeauftragten	17
	Einleitung	18
	I Brokstedt	20
	II Kontakte mit Ratsuchenden	21
	III Mitarbeit in Gremien	22
	3.1. Childhood Haus Flensburg	22
	3.2. OEG Austauschgespräche	23
	3.3. Nationaler Rat - Kindgerechte Justiz	23
	3.4. AG Medien	23
	IV Fortbildung	24
	4.1. Opferschutz im Referendariat	24
	4.2. Fortbildung zum Thema Trauma bei der Polizei	24
	4.3. Fortbildung im Childhood Haus: „Die richterliche Videovernehmung - Chance für den Kinderschutz - Herausforderung für die Strafjustiz“	24
	4.4. Häusliche Gewalt	25

V	Stellungnahmen und Vorträge (Auswahl)	26
5.1.	Mölln	26
5.2.	Frauennotruf Bielefeld	26
5.3.	Außenstellenleitertagung Weißer Ring	26
5.4.	Veranstaltung Rechtsmedizin	26
5.5.	Fachtag des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt und Mitgliederversammlung des ado (Arbeitskreis der Opferhilfen in Deutschland e.V.) in Magdeburg	26
VI	Sichtbarmachung Zentrale Anlaufstelle, Opferschutzbeauftragte und Opferrechte	27
6.1.	Besuch Staatsanwaltschaft Flensburg	27
6.2.	Besuch Bezirkskriminalinspektion Itzehoe	27
6.3.	Strafverfolgung bei antisemitischen Straftaten	27
6.4.	Polizeiliches Intranet	27
VII	Ehrung	28
VIII	Fazit und Ausblick	29
IX	Kurzübersicht über die Tätigkeiten der Opferschutzbeauftragten Juli 2022 bis Dezember 2023	30

1. Teil

Tätigkeitsbericht der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige

Grundlagen der Arbeit

1.1. Opferunterstützungsgesetz (OuG)

Mit dem „Gesetz über die Zentrale Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige und die Opferschutzbeauftragte oder den Opferschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein – Opferunterstützungsgesetz (OuG)“ vom 21. April 2022 wurden deren Aufgaben gesetzlich festgelegt, Betroffenen insbesondere nach Terroranschlägen und Großschadensereignissen proaktiv Unterstützung anbieten und schnell und unbürokratisch handeln zu können, z. B. bei der Koordinierung von Maßnahmen gegenüber anderen Institutionen oder der Verwendung personenbezogener Daten von Opfern und Betroffenen. Das Gesetz regelt

- die Aufgaben der Zentralen Anlaufstelle sowie der oder des Opferschutzbeauftragten (§§ 1-4 OuG),
- die Betreuung nach Terroranschlägen und auf einer Straftat basierenden Großschadensereignissen (§ 5 OuG),
- die Verarbeitung personenbezogener Daten (§ 6 OuG)
- und die unabhängige Stellung der oder des Opferschutzbeauftragten.

1.2. Aufgaben und Erreichbarkeit

Die Aufgaben der Zentralen Anlaufstelle bestehen

- bei Großschadenslagen in der aktiven Kontaktaufnahme zu Betroffenen und der Weitervermittlung an die jeweils fachlichen Beratungsstellen und andere Einrichtungen der Opferhilfe,
- in der Abstimmung der Maßnahmen der unterschiedlichen Institutionen und Organisationen unmittelbar nach dem Ereignis
- in der Ausrichtung von Gedenk- und Trauerfeiern sowie
- in der Vernetzung mit den Zentralstellen der anderen Länder.

Im Falle eines terroristischen Anschlages liegt dabei die Federführung beim Bundesopferbeauftragten, der in diesem Fall von der Zentralen Anlaufstelle und der Opferschutzbeauftragten organisatorisch und umfassend unterstützt wird; außerhalb von Großschadenslagen in der Vermittlung von Betroffenen an fachliche Opferhilfeeinrichtungen, in der Information von Betroffenen über ihre Rechte sowie in der Vernetzung der Opferhilfeeinrichtungen in Schleswig-Holstein.

Damit bietet die Zentrale Anlaufstelle für Betroffene einen niedrigschwelligen Zugang für Beratung und Information. Die Unterstützung richtet sich an alle Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Schleswig-Holstein, gleich von welcher Straftat sie betroffen sind. Daneben steht das Angebot auch all denjenigen zur Verfügung, die von einer Straftat betroffen sind, die sich in Schleswig-Holstein ereignet hat. Unter den Begriff „Betroffene“ werden hier nicht nur die unmittelbaren Opfer einer Straftat, sondern ebenso Angehörige, Hinterbliebene, Vermisste, Augenzeuginnen und Augenzeugen sowie Ersthelferinnen und Ersthelfer gefasst.

Die Erreichbarkeit der Zentralen Anlaufstelle und der Opferschutzbeauftragten ist gewährleistet,

- telefonisch durch die Sammelnummer 0431 988 3763,
- digital durch die Mailadresse zentraleanlaufstelle@jumi.landsh.de bzw. opferschutzbeauftragte@jumi.landsh.de sowie
- durch eine Präsenz auf der Homepage der Landesregierung.

Darüber hinaus ist die Erreichbarkeit der Zentralen Anlaufstelle und der Opferschutzbeauftragten in Schadensfällen u. a. bei den Bezirkskriminalinspektionen der Polizei und anderen Dienststellen gewährleistet.

Die Zentrale Anlaufstelle arbeitet dabei eng mit der Opferschutzbeauftragten zusammen und unterstützt sie organisatorisch in ihrer Arbeit.

Aufgaben der Zentralen Anlaufstelle

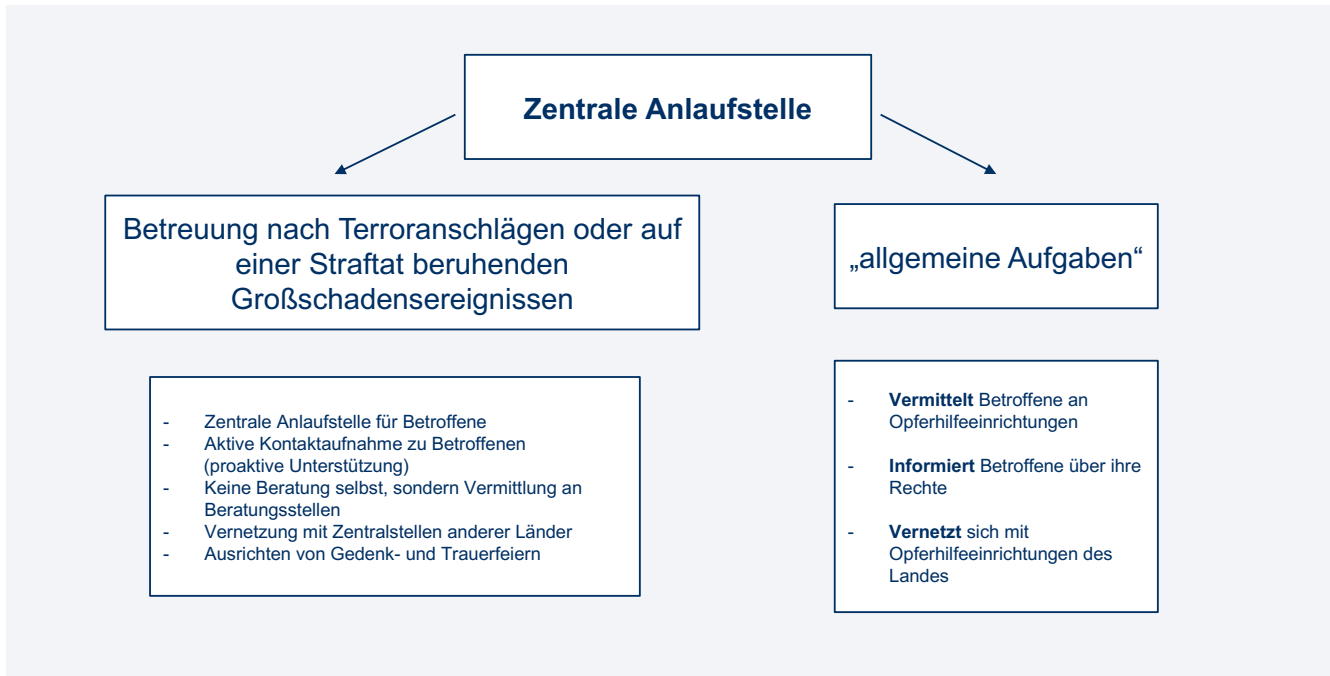
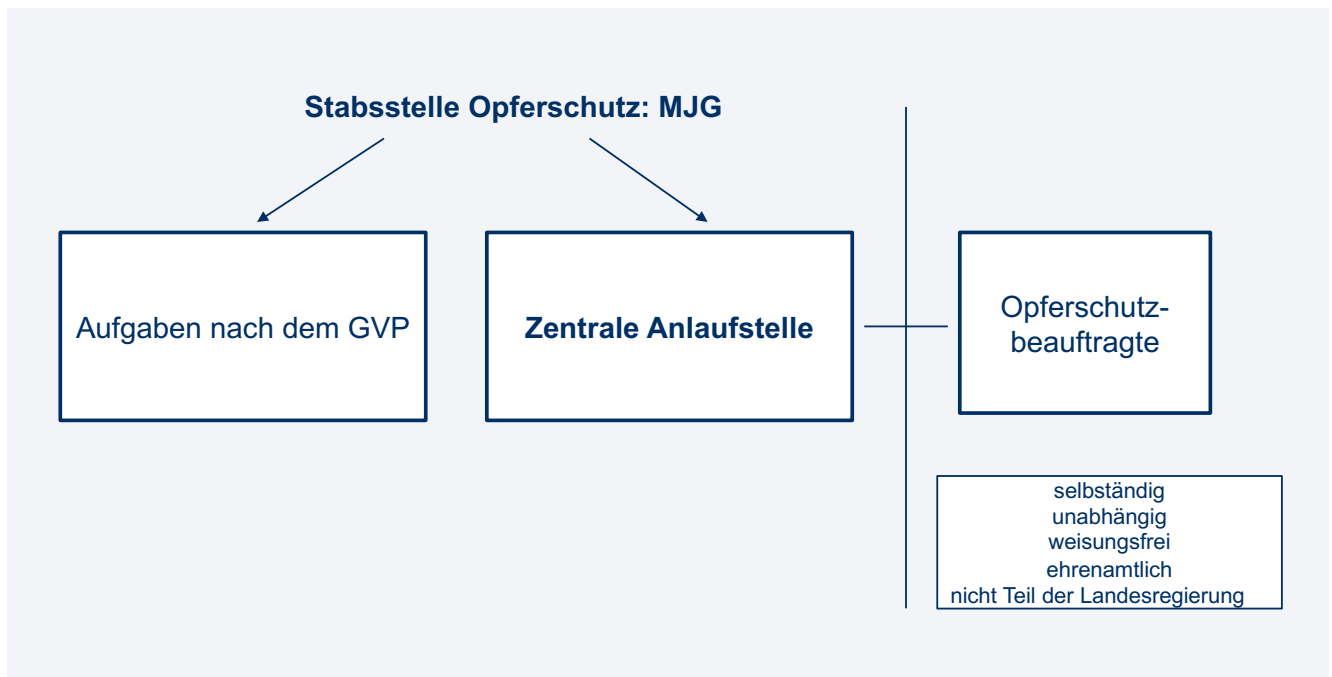


Abbildung 1: Aufgaben der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige.

1.3. Organisation im MJG

Die Zentrale Anlaufstelle wurde am 1. April 2022 in die neu geschaffene Stabsstelle Opferschutz des Ministeriums für Justiz und Gesundheit integriert. Die direkte Ansiedlung beim Staatssekretär für Justiz soll dazu beitragen, die Bedeutung des Opferschutzes stärker in den Fokus zu stellen und perspektivisch die vielfältigen Aufgaben um das Thema Opferschutz zu bündeln und weiter voranzubringen. In diesem Rahmen werden auch Fördermaßnahmen des Ministeriums zusammengefasst.

Aufbau Stabsstelle Opferschutz



2.1. Der Anschlag von Brokstedt

Die Arbeit der Zentralen Anlaufstelle im Jahr 2023 war insbesondere durch den Anschlag von Brokstedt geprägt. Sowohl die Sofortmaßnahmen kurz nach der Tat, aber auch die weitergehende Abstimmung der Arbeit der verschiedenen Institutionen, Organisationen und Behörden und vor allem die umfassende Nachsorge für die Opfer und Betroffenen haben dabei einen beträchtlichen Anteil der Arbeitskapazitäten in Anspruch genommen und konnten i.w. erst zum Januar 2024 weitgehend abgeschlossen werden.

Dazu wurde dem Landtag ein Sonderbericht zugeleitet (Drs. 20/2192). Er zeigt, dass sich die Strukturen für die Bewältigung einer Großschadenslage dieses Ausmaßes i.w. bewährt haben. Dies betrifft neben den konkreten Unterstützungsmaßnahmen u.a. auch die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure und die im OuG eröffneten Möglichkeiten einer schnellen Kontaktaufnahme mit den Betroffenen. Allerdings muss davon ausgegangen werden, dass bei noch größeren Terroranschlägen oder Großschadensereignissen die entsprechenden Ressourcen für die Bewältigung in der Akut- wie in der Nachversorgung ggf. angepasst werden müssen.

2.2. Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit

Die gesetzliche Lotsenfunktion der Zentralen Anlaufstelle macht eine enge und stabile Zusammenarbeit mit den zahlreichen, im Opferschutz direkt und indirekt tätigen Organisationen und Institutionen nötig. Dies ist nicht nur die Voraussetzung für die Bewältigung eines Terroranschlags oder Großschadensereignisses, sondern ist auch elementare Basis der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure bei der Hilfe und Unterstützung für Opfer und Betroffene von Straftaten. Nur so kann sichergestellt werden, dass jeder und jedem Betroffenen ein individuell passendes Unterstützungs- bzw. Hilfsangebot unterbreitet werden kann.

Da im Opferschutz Probleme und Herausforderungen nicht an Landesgrenzen Halt machen, hat sich inzwischen ebenfalls eine enge Zusammenarbeit der Opferschutzbeauftragten sowie der zentralen Opferhilfestrukturen des Bundes und der Länder herausgebildet. Sie umfasst insbesondere den Erfahrungsaustausch, die Identifizierung von grundsätzlichen Problemen, aber auch Initiativen zur Weiterentwicklung im Bereich der Opferhilfe.

Die Vernetzung der Opferhilfestrukturen in Schleswig-Holstein erfolgt im Rahmen der Arbeit der Zentralen Anlaufstelle bzw. des Justizministeriums insbesondere regelmäßig durch

- den Runden Tisch der Opferhilfeeinrichtungen, der in der Regel einmal pro Halbjahr tagt,
- den jährlichen Opferschutztag Schleswig-Holstein,
- die Netzwerktreffen und Fachkonferenzen der Opferschutzbeauftragten des Bundes und der Länder
- sowie die Mitarbeit in Gremien in Schleswig-Holstein, z. B. den Arbeitstreffen der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein zur Umsetzung des Opferschutzgesetzes bzw. des SGB XIV.
- Darüber hinaus gibt es ständige Kontakte mit der Landespolizei und der Justiz.

2.3. Runde Tische

Der Runde Tisch mit den Opferhilfeorganisationen, den die Stabsstelle Opferschutz ausrichtet, ist ein regelmäßig tagendes Forum für den Austausch und die gegenseitige Information der auf dem Gebiet der Opferhilfe und des Opferschutzes tätigen Institutionen in Schleswig-Holstein.

Der 24. Runde Tisch fand am 26. Oktober 2022 statt. Neben Berichten der Opferschutzbeauftragten und der Stabsstelle Opferschutz wurde ein Bericht zum 1. Opferschutztag gegeben und grundsätzliche Fragestellungen diskutiert.

Der 25. Runde Tisch mit den Opferhilfeorganisationen fand am 1. November 2023 statt. Schwerpunkt war die Vorstellung von drei Projekten:

- **Blinkfüür – Betroffenenennetzwerk Sexueller Missbrauch SH**
In Schleswig-Holstein hat sich Anfang 2023 ein landesweites Netzwerk von Betroffenen gegründet. Dieses Netzwerk hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen von Betroffenen in Politik und Gesellschaft zu vertreten. Es setzt sich unter anderem für Hilfe für Betroffene und deren Anerkennung sowie für eine Enttabuisierung des Themas ein. Es engagiert sich zudem dafür, dass auch die Kinder Betroffener Unterstützung erhalten. Mit der Vorstellung des Projekts wurde auch ein Beitrag zur Vernetzung mit den anderen Institutionen in Schleswig-Holstein geleistet.
- **Projekt „Die Schule als Schutz- und Kompetenzzentrum im Kontext sexueller Gewalt – Kurzvorstellung zweier Forschungsprojekte zur Entwicklung von Fortbildungsmaßnahmen für Lehramtsstudierende, Lehrkräfte und andere pädagogische Fachkräfte im Kinderschutz“ der Europa-Universität Flensburg, Frau Prof. Dr. Simone Pülschen.**
Hierbei ging es u.a. um die Entwicklung und Evaluation eines Curriculums zur studienbegleitenden Ausbildung einer schulischen Referenzperson mit dem Schwerpunkt Sekundärprävention in Fällen sexuellen Kindesmissbrauchs. Die so ausgebildeten Lehrkräfte (und andere Fachkräfte) sollen die Schulen bei der nun verpflichtenden Entwicklung des schulischen Schutzkonzepts maßgeblich unterstützen.
- **Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern von Probandinnen und Probanden und deren Angehörige sowie von Kindern mit Erfahrungen von häuslicher Gewalt im Rahmen der Förderung durch das Gesetz zur ambulanten Resozialisierung und zum Opferschutz in Schleswig-Holstein – ResOG (Frau Lidija Baumann, Deutscher Kinderschutzbund)**

2.4. Opferschutztage

Die Opferschutztage sind eine gemeinsame Veranstaltung der Opferschutzbeauftragten und der Stabsstelle Opferschutz. Sie haben insbesondere das Ziel, als zentrale jährliche Veranstaltung der Institutionen und Organisationen in Schleswig-Holstein

- jeweils ein aktuelles Thema aus dem Bereich Opferschutz aufzugreifen und hier möglichen Handlungsbedarf herauszuarbeiten,
- den Austausch der im Opferschutz tätigen Akteurinnen und Akteure untereinander und mit der Politik zu fördern,
- sowie die Bedeutung des Opferschutzes einer breiteren Öffentlichkeit darzustellen.

1. Opferschutztag 2022

Der erste Opferschutztag stand unter dem Motto „Neue Entwicklungen im Opferschutz“. Er fand am 23. September 2022 im Nordkolleg Rendsburg statt. Mit ca. 90 Teilnehmenden in Präsenz sowie ca. 60 Online-Teilnehmenden aus Justiz, Polizei, Anwaltschaft, Opferhilfe und Straffälligenhilfe und Politik stieß er auf großes Interesse.

Ministerin Prof. Dr. von der Decken stellte in ihrer Eröffnungsrede die Neustrukturierung des Opferschutzes auch in Schleswig-Holstein nach dem Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz in Berlin 2016 dar. Nach diesem Anschlag traten zahlreiche Mängel bei der Betreuung von Opfern und Betroffenen zu Tage, die zu einer Reform des Opferschutzes im Bund und in den Ländern geführt haben. Der Umfang dieser Neustrukturierung insbesondere in Schleswig-Holstein wurde durch Vertreter der Landesregierung und weiterer Institutionen und Organisationen dargestellt. Dazu gehören neu geschaffene gesetzliche Grundlagen wie insbesondere das Gesetz über die Zentrale Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige und die Opferschutzbeauftragte oder den Opferschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein – Opferunterstützungsgesetz (OuG).

Die Opferschutzbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen Frau Elisabeth Auchter-Mainz referierte über Großschadensereignisse und stellte anhand von Beispielen ihre Vorgehensweise bei Großschadenslagen vor.

Das breite Spektrum des Opferschutzes stellten mehrere Vorträge dar. Silke Füssinger, Oberstaatsanwältin bei der Generalstaatsanwaltschaft Schleswig-Holstein, berichtete über ihre Tätigkeit als Antisemitismusbeauftragte der Generalstaatsanwaltschaft. Lisa Monecke, Dipl.-Psychologin beim Landespolizeiamt, stellte die Zentrale Ansprechstelle Antirassismus vor. Torge Stelck, Referent im Ministerium für Inneres, Kommunales,

Wohnen und Sport, hielt einen Vortrag über Gefährdungs-/Risikomanagement zu Hochrisikofällen bei häuslicher Gewalt und erläuterte Änderung des Landesverwaltungsgesetzes bei der Datenübermittlung in Fällen häuslicher Gewalt.

Ferner wurde das Childhood Haus Flensburg u. a. durch die Richterin am Amtsgericht Dr. Damla Schenke und die Staatsanwältin Linda Vollstädt vorgestellt und erste Erfahrungen zusammengefasst.

In einer Podiumsdiskussion zu dem Thema „Opferschutz – Quo vadis? Was braucht „guter“ Opferschutz?“ diskutierten

- Kerstin Claus, Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs,
- Prof. Dr. Christian Huchzermeier, Direktor der Abteilung für Forensische Psychiatrie & Psychotherapie im Institut für Sexualmedizin und Forensische Psychiatrie und Psychotherapie Kiel,
- Dr. Wilfried Kellermann, Präsident des Landgerichts Kiel,
- Lena Mußlick, Stellv. Geschäftsführerin des Landesverbandes Frauenberatung Schleswig-Holstein,
- Gitte Nestler-Ahuis, Oberstaatsanwältin bei der Generalstaatsanwaltschaft Schleswig-Holstein,
- Manuela Söller-Winkler, Vorsitzende des Landesverbandes des WEISSEN RINGs e.V. Schleswig-Holstein,
- Ulrike Stahlmann-Liebelt, Opferschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein und
- Martin Unger, Rechtsanwalt/Fachanwalt für Strafrecht

das breite Spektrum an Themen und Herausforderungen des Opferschutzes.

2. Opferschutztag 2023

Der 2. Opferschutztag fand am 4. Dezember 2023 im „Kiek in“ in Neumünster statt und stand unter dem Motto „Neue Herausforderungen im Opferschutz“. Schwerpunkte waren eine Auswertung der Großschadenslage in Brokstedt sowie das Thema „Gewaltschutzgesetz und Hochrisikomanagement“ in Fällen häuslicher Gewalt. In diesem Rahmen fand ein interdisziplinärer, fachlicher Austausch zwischen allen im Bereich des Opfer-

schutzes und der Strafverfolgung (insbes. Richterschaft, Staatsanwaltschaft, Polizei) tätigen Professionen statt. Zu der Veranstaltung waren ca. 150 Teilnehmende angemeldet, von denen 120 Personen in Präsenz und 30 Personen im Online-Format teilnahmen.

Neben Vorträgen des Beauftragten der Bundesregierung für die Anliegen von Betroffenen von terroristischen und extremistischen Anschlägen im Inland Pascal Kober, MdB, und Berichten der Opferschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein standen vor allem die Erfahrungen aus dem Anschlag von Brokstedt und mögliche Konsequenzen im Mittelpunkt der Diskussion. Hierzu berichteten neben dem Leiter der Stabsstelle Jo Tein, Sascha Niemann, Beratungsstelle Wendepunkt e.V. und Frank Ziegler, stellv. Leiter der Bezirkskriminalinspektion Itzehoe. Dabei ging es vor allem um die Koordinierung der verschiedenen Institutionen kurz nach der Tat im Rahmen des Runden Tisches sowie um die Betreuung der Opfer vor Ort und im Rahmen der Nachsorge durch die beteiligten Institutionen.

In einem zweiten Schwerpunkt zu den Themen „Gewaltschutzgesetz“ und „Hochrisikomanagement“ referierten als Vorbereitung für die nachfolgenden Workshops Richterin Angela Landwehr, die Geschäftsführerin des Landesverbandes Frauenberatung Schleswig-Holstein, Katharina Wulf und die Leiterin der Stabsstelle Gleichstellung im Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung (MSJFSIG), Saskia Pagell. Die Referentinnen erläuterten Probleme aus der Praxis im Zusammenhang mit der Vollstreckung von Gewaltschutzanordnungen. Frau Pagell stellte zudem den ressortübergreifend entwickelten Entwurf eines Leitfadens zum Hochrisikomanagement vor.

Nach der Mittagspause folgte eine moderierte Podiumsdiskussion zu dem Thema „Politische Konsequenzen für die Opferhilfe aus dem Messerangriff in dem Regionalzug bei Brokstedt“, unter Beteiligung der justizpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen sowie der Opferschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein.

2.5. Netzwerktreffen und Fachaustausch

Auf Bundesebene findet in regelmäßigen Abständen ein Fachaustausch mit dem Bundesopferbeauftragten und dessen Geschäftsstelle sowie den Opferschutzbeauftragten und den zentralen Opferschutzstrukturen der Länder statt. Dazu gehört insbesondere das „Best-Practice-Opferschutz-Treffen“, zu dem das Bundesministerium der Justiz (BMJ) die Landesjustizverwaltungen und die Zentralen Anlaufstellen regelmäßig einlädt.

Weiterhin gibt es ständige Kontakte der Zentralen Anlaufstelle und der Opferschutzbeauftragten mit den Opferhilfestrukturen der nördlichen Bundesländer, um im Falle grenzüberschreitender Großschadensereignisse eine gelingende Zusammenarbeit gewährleisten zu können.

In Schleswig-Holstein wurden Informations- und Abstimmungsgespräche geführt insbesondere mit

- dem Deutschen Kinderschutzbund Landesverband Schleswig-Holstein zu Fragen der Kinderrechte, zu Themen des Kinderschutzes sowie zur Unterstützung von Kindern, die häusliche Gewalt erleben,
- dem Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus des Landes Schleswig-Holstein, der Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft und der Opferschutzbeauftragten,
- dem Childhood Haus Flensburg u. a. zu Fragen der Erbringung von Leistungsstandards,
- dem pro familia Landesverband Schleswig-Holstein zu Opferhilfemaßnahmen,
- den Bezirkskriminalinspektionen Kiel und Lübeck zu den Aufgaben der Zentralen Anlaufstelle und der Opferschutzbeauftragten und Fragen der Zusammenarbeit,
- der Zentralstelle polizeiliche Prävention des Landespolizeiamtes zur Verbesserung der Inanspruchnahme von psychosozialer Prozessbegleitung durch Betroffene mittels einer Information durch die Polizei,
- der Betroffeneninitiative Sexueller Missbrauch Schleswig-Holstein,
- der Unfallkasse Nord zum gemeinsamen Vorgehen bei einem Großschadensereignis.

Der Vernetzung und dem Fachaustausch diene ferner auch ein Runder Tisch zum Thema: „Interdisziplinärer Erfahrungsaustausch zum Ge-

waltschutz – Vollstreckung von Schutzanordnungen“ mit der Staatssekretärin des Ministeriums für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung, Richterinnen der Amtsgerichte Ahrensburg und Flensburg, des Landesverbandes Frauenberatung Schleswig-Holstein e.V., der KIK-Koordinierungsstelle Schleswig-Holstein, des Landeskriminalamts Kiel, der Präventionsstelle Polizeidirektion Lübeck und des Landespolizeiamts Schleswig-Holstein.

2.6. Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Informations- und Unterstützungsangebote der Zentralen Anlaufstelle und der Opferschutzbeauftragten werden in Flyern dargestellt, die in Deutsch, Arabisch, Englisch, Französisch, Polnisch, Rumänisch, Russisch, Türkisch und Spanisch vorliegen. Sie werden i. w. an die Dienststellen der Polizei verteilt und sind darüber hinaus barrierefrei auf der Internetseite der Zentralen Anlaufstelle (www.schleswig-holstein.de/opferschutz) abrufbar.

Weiter wurden Plakate mit Hinweisen auf die Ansprechpersonen für den Opferschutz in ausgewählten öffentlichen Gebäuden ausgehängt und an sämtliche Amts- und Landgerichte sowie Polizeidienststellen im Land versandt.

2.7. Anfragen zu Hilfsangeboten

Zu den Hauptaufgaben der Zentralen Anlaufstelle gehört die Beantwortung von Anfragen von Menschen, die von einer Straftat betroffen sind.

Im Berichtszeitraum gingen insgesamt 176 Anfragen ein. Davon waren ca. zwei Drittel (115) telefonische Kontakte und ca. ein Drittel (55) Kontaktaufnahmen per Mail sowie sechs Anfragen per Post; z. T. erreichten die Anfragen die Zentrale Anlaufstelle auch über parallele Wege. Diese Zahl entspricht in etwa im Verhältnis der Zahl der Anfragen aus dem vergangenen Berichtszeitraum. Die Erreichbarkeit der Zentralen Anlaufstelle war hierbei zu den üblichen Bürozeiten gewährleistet. Außerhalb dieser Zeiten wurden Anrufe durch den Anrufbeantworter entgegengenommen, die in der Regel spätestens am nächsten Tag beantwortet wurden.

Die Spannweite der Anfragen reichte hierbei von Hilfeersuchen in akuten Schadenslagen über generelle Anfragen zu Unterstützungsmöglichkeiten

in laufenden oder anstehenden gerichtlichen Verfahren bis hin zu Nachfragen, welche Hilfsangebote von Opfern und Betroffenen genutzt werden können, wenn die Straftaten schon längere Zeit zurückliegen. Auch hier deckten im Einzelfall Anfragen z.T. mehrere Themen ab.

Nicht alle Anfragen konnten von der Zentralen Anlaufstelle im Rahmen ihrer Zuständigkeit bearbeitet werden. Dazu gehören insbesondere Fälle außerhalb von Straftaten, wie z. B. zivilrechtliche Verfahren oder Bitten um direkte Hilfe in Notlagen, wie z.B. die kurzfristige Bereitstellung von Wohnraum oder schnelle finanzielle Hilfe. Hier wurde allerdings nach Möglichkeit über zuständige Stellen und Hilfsmöglichkeiten informiert.

Insgesamt gab es ca.100 Anfragen, bei denen eine direkte Zuständigkeit der Zentralen Anlaufstelle bestand. Hier konnten die Anliegen direkt geklärt werden bzw. erfolgte eine Weiterleitung im Rahmen der Lotsenfunktion an die jeweils zuständigen Institutionen. Dabei wurden nötigenfalls pro Anfrage auch mehrere Stellen empfohlen.

Insgesamt zeigte sich, dass sich einige der im letzten Tätigkeitsbericht beschriebenen Tendenzen fortgesetzt haben, z. B.

- Die weit überwiegende Zahl von Anfragen (ca. 80 %) konnten sofort beantwortet werden. Im Rahmen der Lotsenfunktion der Zentralen Anlaufstelle wurde bei ca. 20 % aller Anfragen empfohlen, sich an den WEISSEN RING e.V. zu wenden. Ein ähnlich hoher Anteil ergibt sich für die v.a. psychologisch ausgerichteten fachlichen Beratungen, wobei hier allerdings die jeweiligen Angebote unterschiedlich sind. Sie überschneiden sich z.T. mit den Angeboten, die sich insbesondere an Frauen richten (z.B. Frauenhäuser, Frauennotrufe), und die alleine in über 10 % der Fälle zur Kontaktaufnahme empfohlen wurden. Ein Anteil von fast 20 % der Fälle verteilte sich auf weitere Stellen, wobei davon fast die Hälfte aller Anfragen an die Bürgerbeauftragte weitergeleitet wurden.
- Hierbei ist zu bemerken, dass in mehreren Fällen in der Kommunikation der Sachverhalt und das konkrete Anliegen erst herausgefunden werden musste.
- Anfragen nach rechtlicher Beratung und offizieller Unterstützung vor Gericht durch die Opferschutzbeauftragte konnten unter Hinweis auf das Rechtsdienstleistungsverbot nicht im

konkreten Fall beantwortet werden. Allerdings wurden Möglichkeiten z. B. für die Kostenübernahme hierfür (z. B. Beratungshilfe nach dem Beratungshilfegesetz und Beratungsschecks einzelner Opferhilfeorganisationen) aufgezeigt. Teilweise konnten bei konkreten Fragestellungen Betroffene auch an verschiedene Landesbehörden bzw. die Landesbeauftragten in Schleswig-Holstein verwiesen werden.

- Leider hat sich weiterhin gezeigt, dass sexuelle Gewalt einen Schwerpunkt der Fälle darstellt, sei es gegen Frauen oder Kinder. Zum einen meldeten sich weiterhin Angehörige, die von sexueller Gewalt gegen eines ihrer Kinder erfahren haben und Orientierung über Unterstützungsmöglichkeiten benötigten bzw. Opfer, die in ihrer Jugend Gewalt erfahren haben. So berichtete eine Mutter, dass ihr an ADHS leidendes Kind während eines Klinikaufenthalts sexuell belästigt worden sei. Durch die hohe psychische Belastung in diesem Fall sei kurzfristig eine therapeutische Behandlung nötig, es gebe aber Probleme, diese zu erhalten. In diesem Fall konnte ein Kontakt zu einer Traumaambulanz vermittelt werden.
- In einigen Fällen wurde die Zentrale Anlaufstelle durch Anfragen auf Probleme aufmerksam gemacht, die zwar außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs liegen, die aber trotzdem von Relevanz für die Problematik von Opfern und Betroffenen sind. So gab es z. B. von Angehörigen eines Mordopfers eine Beschwerde über eine geplante Darstellung der Tat im Fernsehen ohne deren Einwilligung. Dieser Fall hat in exemplarischer Weise die Problematik des Umgangs von Medien mit Straftaten und deren Auswirkungen auf Opfer und Betroffene gezeigt. Die Opferschutzbeauftragte hat sich des Falles angenommen.
- Daneben gab es weiterhin Kontaktaufnahmen von Menschen, die ihren Unmut über bürokratische Strukturen oder politische Entscheidungen äußern wollten. Zum einen ging es hierbei um die subjektive Wahrnehmung, dass die persönlichen Rechte bei Streitigkeiten unterschiedlichster Art nicht ausreichend Berücksichtigung finden, zum anderen um als solche empfundene Unzulänglichkeiten des Rechtsstaates.

Der Aufgabenzuschnitt und die Ausstattung der Zentralen Anlaufstelle haben sich bewährt. Sowohl bei der Großschadenslage in Brokstedt wie auch in der Beratung von Betroffenen von Straftaten konnte die Zentrale Anlaufstelle schnell und kompetent agieren.

Der Ausbau des Netzwerks der verschiedenen Opferhilfeeinrichtungen, Polizei und Justiz hat auch abseits von Großschadenslagen zu einem besseren Erfahrungsaustausch geführt mit der Folge einer engeren Zusammenarbeit in einzelnen Fällen. Darüber hinaus konnten weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit identifiziert werden.

2. Teil

Tätigkeitsbericht der Opferschutzbeauftragten

Einleitung

Der Berichtszeitraum war für die Zentrale Anlaufstelle und die Opferschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein (OSB) maßgeblich geprägt durch den Messerangriff in einem Regionalzug in Brokstedt am 25. Januar 2023. Diese erste Großschadenslage forderte die Opferschutzstelle in besonderem Maße, da zwei junge Menschen auf grausame Weise getötet und mehrere Menschen schwer verletzt wurden. Sie konnte jedoch durch vielfältige und spontane Unterstützung bewältigt werden. Näheres dazu unter Teil II 2.1.

Kurz nach diesem erschütternden Ereignis in Brokstedt fand im Ministerium für Justiz und Gesundheit in Kiel ein von der Opferschutzbeauftragten initiiertes Treffen der Opferschutzbeauftragten des **Nordverbundes** Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein statt. Frau Ministerin Prof. Dr. von der Decken begrüßte die Teilnehmenden. Thema der Tagung waren u. a. länderübergreifende Kooperationen im Falle von Großschadenslagen.

Keine drei Wochen später, am 9. März 2023 kam es zu der Amoktat in Hamburg-Alsterdorf in einem Gebäude der Zeugen Jehovas, bei der acht Menschen ums Leben kamen und viele verletzt wurden. Infolge des Austausches konnten Erkenntnisse über wichtige Maßnahmen, die im Fall Brokstedt hilfreich waren, auch in Hamburg eingesetzt werden.

Neben der Beratung von Ratsuchenden und deren Unterstützung ist es nach wie vor ein großes Anliegen der Opferschutzbeauftragten, sicherzustellen, dass Betroffene von Straftaten rechtzeitig und verständlich über ihre **Rechte informiert** werden: „A right is not a right if it is unknown“ (Fred Sai). Dafür müssen alle Professionen, die mit Betroffenen von Straftaten zu tun haben, entsprechend ausgebildet sein. Fortbildungen und Informationsveranstaltungen sind dafür eine wichtige Voraussetzung. Es ist daher begrüßenswert, dass das Oberlandesgericht Schleswig erstmals eine Veranstaltung für Referendarinnen und Referendare zu diesem Thema angeboten hat, die mit überwältigender Resonanz angenommen wurde. Die durchweg positiven Rückmeldungen sprechen für eine Wiederholung (dazu auch Kapitel 4.1).

Die Umsetzung der Rechte der Betroffenen aus der Strafprozessordnung ist keinesfalls eine Selbstverständlichkeit. Hier liegt der Fokus im Berichtszeitraum besonders auf der Durchführung **richterlicher Videovernehmungen**, die kindlichen und jugendlichen Opferzeuginnen- und zeugen eine Aussage in der Hauptverhandlung ersparen können. Dazu wurde ebenfalls eine bemerkenswerte **Fortbildung** durchgeführt, die den Hauptreferenten Prof. Dr. Andreas Mosbacher, Richter am BGH Leipzig, zu einem ausführlichen Aufsatz motivierte (NStZ 2024, 263; dazu Kapitel 4.3).



Treffen Nordverbund mit Ministerin Prof. Dr. von der Decken

Foto: Ministerium für Justiz und Gesundheit, Schleswig-Holstein

Unterstützt und eng begleitet wurde schließlich die weitere Entwicklung im **Childhood Haus**. Die Opferschutzbeauftragte ist Mitglied der Lenkungsgruppe des Childhood Hauses. Durch das große, oft überobligatorische Engagement der dort tätigen Professionen konnten Herausforderungen, wie z. B. Probleme mit der Technik, bewältigt werden (dazu Kapitel 3.1). Das Thema „kindgerechte Justiz“ wird auch auf nationaler Ebene in verschiedener Weise bewegt, an entsprechenden Projekten ist die Opferschutzbeauftragte beteiligt.

Sehr viel Aufmerksamkeit bekamen die beiden ersten interdisziplinär ausgerichteten **Opferschutztage** am 23. September 2022 in Rendsburg und am 4. Dezember 2023 in Neumünster. Der 1. Opferschutztag widmete sich allgemeinen Themen unter der Überschrift „Neue Entwicklungen im Opferschutz“. Der 2. Opferschutztag stand unter dem Eindruck der Messerattacke in Brokstedt, behandelte jedoch u. a. auch neue Informationen zum Hochrisikomanagement bei häuslicher Gewalt. Nähere Informationen dazu enthält der Bericht der Zentralen Anlaufstelle.

Die Opferschutztage nutzten viele Teilnehmende zu einem intensiven Erfahrungs- und Fachaustausch, so dass dafür ausreichend Zeit eingeplant werden sollte.

Daneben wurden die Kontakte zu den bekannten, aber auch neuen Netzwerkpartnern weitergeführt bzw. intensiviert. Als neue Institution im Kreis der Opferhilfeorganisationen konnte das Betroffennetzwerk „blinkfür.de“ begrüßt werden.

Im regelmäßigen Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Bundesländer sowie des Bundes wurden wichtige, länderübergreifende Themen erörtert wie z. B. der Umgang der Presse mit Betroffenen und das neue Entschädigungsrecht.

Die Teilnahme an den Fachgesprächen auf Bundesebene, dem Best-Practice-Treffen des Bundesministeriums für Justiz und dem Runden Tisch der Opferhilfeorganisationen in Schleswig-Holstein ist für die Opferschutzbeauftragte obligatorisch.

Als ein besonders herausragendes und herausforderndes Ereignis erlebten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralen Anlaufstelle und die Opferschutzbeauftragte im Berichtszeitraum das erschreckende Ereignis im Regionalzug bei Brokstedt, bei dem zwei junge Menschen getötet und viele Menschen z. T. schwer verletzt wurden. Aufgrund einer beispiellosen, hochprofessionellen Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz, Katastrophenschutz, Opferhilfeinstitutionen und der Gemeinde Brokstedt konnte diese erste Großschadenslage seit Bestehen der Zentralen Anlaufstelle in bemerkenswerter Weise bewältigt werden. Die in den Jahren zuvor aufgebauten Kontakte und persönlichen Gespräche haben sich in dieser Situation als außerordentlich wertvoll erwiesen und trugen Früchte, nach dem aus dem Katastrophenschutz entnommenen Grundsatz „in der Krise Köpfe kennen“. Die enorme Unterstützung von verschiedenen Seiten verdient einen großen Dank.

In der Zeit nach dem 25. Januar 2023 fanden zahlreiche Gespräche der Opferschutzbeauftragten mit Betroffenen, Angehörigen, Helferinnen und Helfern statt. Zu dem Fall Brokstedt wurde ein Sonderbericht für den Landtag gefertigt (Drucksache 20/2192).

II

Kontakte mit Ratsuchenden

Wie auch schon im letzten Bericht dargestellt, werden die Anrufe von Ratsuchenden zunächst in der Zentralen Anlaufstelle entgegengenommen und bearbeitet.

Die Opferschutzbeauftragte wird tätig, wenn die Anfragen direkt an sie gerichtet werden bzw. die Zentrale Anlaufstelle ihr spezielle Fragestellungen zuleitet. In einem Fall wurde die Opferschutzbeauftragte z.B. aufgrund einer persönlichen Verbindung direkt angesprochen. Dabei ging es um ein versuchtes Tötungsdelikt im häuslichen Umfeld und die Frage nach weiteren Schritten bzw. Möglichkeiten der Unterstützung.

III Mitarbeit in Gremien

3.1. Childhood Haus Flensburg

Die Opferschutzbeauftragte ist Mitglied der interdisziplinär besetzten Lenkungsgruppe des Childhood Hauses Flensburg, die dreimal im Jahr zusammenkommt. Dabei werden u. a. die Entwicklung der Maßnahmen im Haus, Personalangelegenheiten und Öffentlichkeitsarbeit erörtert. Über eine längere Zeit nahm das Thema Technik breiten Raum ein. Da auch die Möglichkeit geschaffen werden sollte, beispielsweise Jugendliche direkt von den Verfahrensbeteiligten befragen zu lassen, musste zwischen Vernehmung- und Übertragungsraum eine Gegensprechanlage eingerichtet werden, was einen längeren Umsetzungsprozess nach sich zog, der inzwischen aber erfolgreich abgeschlossen wurde.

Am 12. September 2023 fand die Jubiläumsfeier im Childhood Haus Flensburg mit einem Fachvortrag statt:

Die Opferschutzbeauftragte begleitete Besuche der Ministerin sowie des Staatssekretärs aus dem Ministerium für Justiz und Gesundheit im Childhood Haus und erläuterte die Abläufe.

Ebenfalls konnte sie Referentinnen aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Childhood Haus begrüßen.

Die Opferschutzbeauftragte besuchte das Childhood Haus in Hamburg, um eine länderübergreifende Kooperation anzusprechen.

In München nahm sie an der Eröffnung des 1. Childhood Hauses Bayerns teil.

Bei einer der regelmäßig stattfindenden Fallkonferenzen der Childhood Häuser hielt sie einen Vortrag zu dem Thema „Umsetzung der Opferrechte in der Praxis“.

Aus dem Childhood Haus Flensburg entwickelte sich eine Initiative **„Flensburger Fachforum für Kinderschutz“**, die sich vor allem die Organisation von Fortbildungsveranstaltungen auf die Fahnen geschrieben hat. Im November 2023 fand der erste Fachtag statt zum Thema „Die richterliche Videovernehmung – Chance für den Kinderschutz – Herausforderung für die Strafjustiz“ (siehe Kapitel 4.3).



Foto: Aljoscha Tischkau

3.2. OEG Austauschgespräche

Die Opferschutzbeauftragte hat weiterhin an Sitzungen der Arbeitsgruppe Opferentschädigung teilgenommen. Inzwischen wurde die Broschüre **„Hilfe für Betroffene von Gewalttaten“ - ein Wegweiser** fertiggestellt und soll demnächst in den Druck gehen.

Der Austausch wird fortgesetzt.

3.3. Nationaler Rat - Kindgerechte Justiz

Der u.a. von der Opferschutzbeauftragten mit entwickelte „Praxisleitfaden zur Anwendung kindgerechter Kriterien für das Strafverfahren“ des Nationalen Rates gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen wurde zwischenzeitlich u.a. in der Justizpraxis bekannt gemacht und wird hoffentlich im Sinne einer kindgerechten Justiz genutzt. Derzeit wird der Leitfaden evaluiert.

Die Opferschutzbeauftragte wurde für die weitere Arbeit in den Expertinnenbeirat für kindgerechte Justiz des Nationalen Rates aufgenommen.

In den Sitzungen im Berichtszeitraum ging es u.a. um die Entwicklung von Empfehlungen für die Praxis, zum Beispiel in der Veranstaltung „Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland messen und bewerten - mit dem Child Participation Assessment Tool des Europarates“. Eine weitere Konferenz beschäftigte sich im Rahmen eines Austauschs mit der Fachpraxis mit Empfehlungen zur Umsetzung einer kindgerechten Justiz in Deutschland. Ein großer Handlungsbedarf wurde bei der Qualifikation der Verfahrensbeteiligten gesehen und in dem Zusammenhang eine Verpflichtung für Richterinnen und Richter gefordert. Im Familienrecht werde auch das Erfordernis gesehen, dass die Thematik in die Weiterbildung der Fachanwaltschaft implantiert wird und der Wunsch nach einem Fachanwaltstitel Opferschutz geäußert. Ebenso sollten Fortbildungen interdisziplinär angelegt sein. Besonders hervorgehoben wurde in der Diskussion die **Verbesserung der Ressourcen in der Justiz**, um die Verfahren mit Kinderbeteiligung angemessen zu bearbeiten. Die Verbesserung der Datengrundlage durch Forschung war eine weitere Forderung sowie schließlich die Gewährleistung der Beschleunigung der Verfahren mit Kinderbeteiligung, im Gesetz sollte die Formulierung gewählt werden „vorrangig und beschleunigt“.

Hinsichtlich der gesetzlichen Regelungen gehen die Empfehlungen dahin, die Vernehmung von Kindern standardmäßig getrennt durchzuführen, die Vorführung der so gewonnenen Aufzeichnung verpflichtend zu machen und die Beordnung der psychosozialen Prozessbegleitung bei Straftaten zum Nachteil von Kindern vom Antragserfordernis zu lösen und von Amts wegen zu veranlassen.

3.4. AG Medien

In den länderübergreifenden Fachgesprächen wurde wiederholt deutlich, dass gerade bei Großschadenslagen, aufsehenerregenden Straftaten oder sogar Terroranschlägen die Vorgehensweise der Medien sowohl für die Betroffenen, die Beratern als auch die Hilfskräfte eine große Herausforderung darstellen können. Es wurden z.B. Erfahrungen mit aufdringlichen Presseorganen oder auch unsensiblen Berichterstattungen geschildert. Hier wurde von einigen Opferschutzbeauftragten Handlungsbedarf gesehen, um Betroffene in dieser Situation besser und professioneller unterstützen zu können.

Da die Opferschutzbeauftragte über viele Jahre Pressesprecherin der Staatsanwaltschaft Flensburg war, lag es nahe, an dieser AG mitzuwirken. Inzwischen fanden bereits etliche, i.d.R. digitale Austausche statt, und es wurde die Erstellung von Leitfäden sowohl für Betroffene als auch Begleitende vorbereitet. Sehr hilfreich waren dabei journalistische Expertise sowie die Erfahrungen des Zentrums für Trauma- und Konfliktmanagement (ZTK) u.a. in dem Fall Winnenden.

Bislang fanden 5 Sitzungen der AG statt.

Die Arbeit wird fortgesetzt.

4.1. Opferschutz im Referendariat

Im Laufe der Tätigkeit als Opferschutzbeauftragte und im Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern wurde deutlich, dass das Thema „Opferschutz“ weder in der Polizeiausbildung noch während des Jurastudiums und auch nicht im juristischen Vorbereitungsdienst vorkommt. Es besteht dort eine Lücke, die sich in der Praxis bemerkbar macht, indem wenig bis gar kein Wissen über opferschutzrelevante gesetzliche Regelungen vorhanden ist.

Im Berichtszeitraum konnte auf Initiative der Opferschutzbeauftragten erstmals vom Oberlandesgericht in Schleswig eine Fortbildungsveranstaltung für Referendarinnen und Referendare zu den Themen „Opferrechte, Psychosoziale Prozessbegleitung, Richterliche Videovernehmung und Childhood Haus“ angeboten werden. Die Tagung wurde sehr gut angenommen und die Rückmeldungen waren uneingeschränkt positiv, so dass eine Wiederholung geplant ist.

4.2. Fortbildung zum Thema Trauma bei der Polizei

Am 21.09.2022 fand in der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung (FHVD) in Altenholz eine interdisziplinäre Fortbildung zum Thema „Trauma und belastende Situationen in der Ermittlungsarbeit“ statt. Die Veranstaltung war sehr gut besucht und wurde allgemein als wichtig für die Arbeit bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht beurteilt. Sie wurde organisiert von der PD AFB der Landespolizei, dem CJD (Christliches Jugenddorf Deutschland) und der Opferschutzbeauftragten.

4.3. Fortbildung im Childhood Haus: „Die richterliche Videovernehmung - Chance für den Kinderschutz - Herausforderung für die Strafjustiz“

Am 29. November 2023 fand im Childhood Haus in Flensburg die o.g. Fortbildungsveranstaltung statt. Das Fachpublikum war interdisziplinär eingeladen und besetzt. Als Hauptreferent konnte Prof. Dr. Andreas Mosbacher, Richter am BGH in Leipzig, gewonnen werden. Unter den Teilnehmenden entwickelte sich eine lebhafteste Debatte zu den Rahmenbedingungen und dem Einsatz der richterlichen Videovernehmung.



Prof. Dr. Silvia Gubi-Kelm, Ulrike Stahlmann-Liebelt, Richterin am AG Dr. Damla Schenke, Präsident des Landgerichts Flensburg Dr. Ralf Bauer, Rechtsanwalt Dr. Martin Schaar;

Foto: Sandra Blad



Ulrike Stahlmann-Liebelt, Prof. Dr. Andreas Mosbacher,

Foto: S. Preusse

4.4. Häusliche Gewalt

Viele der Anfragen bei der Zentralen Anlaufstelle beziehen sich auf das Thema häusliche Gewalt. Ein Problemkreis betrifft die Situation nach Erlass gerichtlicher Nährungs- bzw. Kontaktverbote gegenüber dem (in der Regel männlichen) Verursacher. Nach den Informationen der Ratsuchenden scheint es so zu sein, dass sich die Verursacher sehr häufig nicht an die gerichtlichen Anordnungen halten und den Kontakt und/oder die Nähe zu den Betroffenen und ggf. den Kindern suchen. Die Betroffenen werden dadurch sehr stark belastet, wissen sich jedoch in dieser Situation nicht zu helfen. Sie wären – worüber sie entweder nicht unterrichtet wurden oder womit sie überfordert sind – gehalten, einen Antrag bei Gericht auf Fortsetzung des Verfahrens zu stellen und entsprechende Beweismittel selbst zu besorgen und bei Gericht vorzulegen.

Im Rahmen eines Runden Tisches wurde auf Einladung der Opferschutzbeauftragten in interdisziplinärem Kreis von Familienrichterinnen, Mitarbeiterinnen von Frauenberatungstellen und des Justizministeriums, der Opferschutzbeauftragten, der Staatssekretärin des Sozialministeriums, Mitarbeitern des Landespolizeiamtes und des Landeskriminalamtes und der Anwaltschaft zum Thema „Interdisziplinärer Erfahrungsaustausch zum Gewaltschutz – Vollstreckung von Schutzanordnungen“ diskutiert. Das Thema wird auch außerhalb von SH bewegt, die Diskussion sollte fortgesetzt werden.

V

Stellungnahmen und Vorträge (Auswahl)

5.1. Mölln

Am 23. November 2022 jährte sich zum 30. Mal der Brandanschlag auf Häuser in Mölln, die von türkischen Familien bewohnt wurden. Es starben eine 51 Jahre alte Frau sowie zwei 14 und 10 Jahre alte Mädchen, weitere Menschen wurden schwer verletzt. Die Tat wurde als ausländerfeindliches Delikt gewertet.

Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl - und Zuwanderungsfragen in Schleswig-Holstein gab aus diesem Anlass eine Broschüre heraus, in der die damaligen Ereignisse aus verschiedenen Blickwinkeln berichtet werden (*Broschüre: 30 Jahre Anschlag Mölln (Itsh.de)*). Die Opferschutzbeauftragte führte gemeinsam mit Kolleginnen ein Interview mit dem damaligen Sitzungsvertreter der Behörde des Generalbundesanwaltes, Klaus Pflieger. Darüber hinaus verfasste sie einen Beitrag in dieser Broschüre zu dem Thema „Opferschutz - damals und heute“.

5.2. Frauennotruf Bielefeld

Am 14. Dezember 2022 hielt die Opferschutzbeauftragte im Wege einer Videokonferenz einen Vortrag zum Thema „Richterliche Videovernehmung“ bei der Arbeitsgruppe „Prozess“ des Frauennotrufes in Bielefeld.

5.3. Außenstellenleitertagung Weißer Ring e.V.

Am 12. Juli 2022 berichtete die Opferschutzbeauftragte im Rahmen der o.g. Tagung über die Aufgaben der Opferschutzbeauftragten. In der Diskussion ging es u. a. um die Schnittstellen bzw. die Kooperation zwischen der Zentralen Anlaufstelle, der Opferschutzbeauftragten und dem WEISSEN RING e.V.

5.4. Veranstaltung Rechtsmedizin

Am 25. November 2022 hielt die Opferschutzbeauftragte einen Vortrag im Rahmen der jährlichen Tagung der Rechtsmedizin Schleswig-Holstein, die unter dem Titel stand „Von der Schweigepflicht bis zur Hauptverhandlung - Rechtsfragen der klinischen Rechtsmedizin“. Es ging im Wesentlichen um die Information über Opferrechte und deren Umsetzung.

5.5. Fachtag des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt und Mitgliederversammlung des ado (Arbeitskreis der Opferhilfen in Deutschland e.V.) in Magdeburg

Auf Einladung des o.g. Ministeriums fand eine Fortbildungsveranstaltung für Staatsanwaltschaften und Gerichte in Magdeburg statt, bei der die Opferschutzbeauftragte zu dem Thema „Kindliche Zeuginnen und Zeugen im Strafverfahren - insbesondere die richterliche Videovernehmung“ referierte. Zugeschaltet war aus Flensburg die Richterin am AG Flensburg Frau Dr. Schenke, um über ihre Erfahrungen als Ermittlungsrichterin zu berichten.

Bei einer weiteren Tagung in Magdeburg referierte die Opferschutzbeauftragte bei der Mitgliederversammlung des ado zu den Aufgaben einer Opferschutzbeauftragten und deren Zusammenarbeit mit den Opferinstitutionen im Land.

Sichtbarmachung Zentrale Anlaufstelle, Opferschutzbeauftragte und Opferrechte

6.1. Besuch Staatsanwaltschaft Flensburg

Um die Arbeit der Zentralen Anlaufstelle und der Opferschutzbeauftragten besser sichtbar zu machen, fand ein Besuch bei der Staatsanwaltschaft Flensburg statt. Mit den Kolleginnen und Kollegen wurde über Möglichkeiten der Zusammenarbeit diskutiert. Es gibt gerade beim Opferschutz Schnittstellen zur Arbeit der Staatsanwaltschaft, die zukünftig besser genutzt werden sollen.

6.2. Besuch Bezirkskriminalinspektion Itzehoe

Bei einem Besuch durch die Zentralen Anlaufstelle und der Opferschutzbeauftragten bei der BKI Itzehoe wurden die Aufgaben und Kooperationsmöglichkeiten erörtert. Zu der BKI war im Zusammenhang mit dem Ereignis in Brokstedt bereits ein engerer Kontakt entstanden. Die Abläufe bei dieser Großschadenslage und die Schnittstellen waren Gegenstand des Austausches.

6.3. Strafverfolgung bei antisemitischen Straftaten

Gemeinsam mit der Antisemitismusbeauftragten des Generalstaatsanwaltes des Landes Schleswig-Holstein, einer Mitarbeiterin der Zentralen Anlaufstelle und der Opferschutzbeauftragten wurden mit dem Antisemitismusbeauftragten des Landes die Probleme und Schwierigkeiten bei der Strafverfolgung antisemitischer Straftaten beleuchtet. Dabei wurden sowohl die Schwierigkeiten bei der Erkennung antisemitischer Motivationen als auch die Hemmnisse bei der Anzeigenerstattung und die Probleme im Verfahren erörtert.

Ein weiteres Treffen fand bei der jüdischen Gemeinde in Kiel statt. Hier ging es u. a. auch um Sicherheitsfragen anlässlich jüdischer Feiertage und Veranstaltungen. An einem Treffen mit der jüdischen Gemeinde in Bad Segeberg konnte die Opferschutzbeauftragte leider nicht teilnehmen. Für die Bearbeitung der Strafverfahren bei dem Verdacht von antisemitischen Straftaten ist die Erstellung eines Leitfadens durch die Behörde des Generalstaatsanwalts geplant.

6.4. Polizeiliches Intranet

In einer Arbeitsgruppe mit Mitarbeiterinnen des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein und der Zentralen Anlaufstelle wurde das Profil der Anlaufstelle sowie insbesondere das der psychosozialen Prozessbegleitung (PsPB) für das Intranet der Landespolizei so aufgearbeitet, dass diese Institutionen für alle Kolleginnen und Kollegen sofort und verständlich greif- und nutzbar sind. Diese Maßnahme soll dazu beitragen, dass über die PsPB zukünftig in allen Fällen informiert wird, bei denen die Sachlage den gesetzlichen Voraussetzungen entspricht.

VII Ehrungen

Am 4. August 2023 trug sich die Opferschutzbeauftragte in das Goldene Buch der Stadt Flensburg ein. Damit wurde ihr Engagement, auch als Opferschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein insbesondere im Hinblick auf den Kinderschutz und die Initiative und Umsetzung des ersten Childhood Hauses in Schleswig-Holstein gewürdigt.



Am 12. November 2023 wurde die Opferschutzbeauftragte in Flensburg mit dem so genannten „Förde Fuchs“ des Arbeitgeberverbandes ausgezeichnet.

„Die ehemalige Leitende Oberstaatsanwältin in Flensburg und heutige Opferschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein wurde vom Arbeitgeberverband Flensburg-Schleswig-Eckernförde für ihr vielfältiges ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet“ (sh:z vom 12. November 2023).

Die Laudatio hielt die Innenministerin des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

Stadtpräsident a. D. Hannes Fuhrig, Leiterin Soziale Dienste Stadt Flensburg Karen Welz-Nettlau, Thomas Liebelt, Oberbürgermeister Dr. Fabian Geyer, Ulrike Stahlmann-Liebelt

Foto: Stadt Flensburg



Ulrike Stahlmann-Liebelt, Dr. Jaekel, GF des Arbeitgeberverbandes

Foto: Sebastian Iwersen

Wie wären die Betroffenen im Fall Brokstedt ohne die neu geschaffenen Opferschutzstrukturen versorgt und begleitet worden? Die Organisation und das aufgebaute Netzwerk haben eine umfassende, konzentrierte Koordinierung der Hilfen durch die Zentrale Anlaufstelle und die Opferschutzbeauftragte möglich gemacht. Alle Betroffenen wurden angesprochen, informiert über Möglichkeiten der Unterstützung und beteiligt an besonderen Maßnahmen.

Ein erster Aufschlag in Bezug auf die Integration des Themas Opferschutz in die Fortbildung ist gelungen, daran gilt es anzuknüpfen.

Dem Wunsch nach fachlichem Austausch und Vermittlung aktueller Informationen auf dem Gebiet des Opferschutzes soll weiterhin durch einen jährlichen Opferschutztag Rechnung getragen werden.

In Kürze ist die Fertigstellung der Broschüre zu den Abläufen in Entschädigungsverfahren zu erwarten. Das Ziel war es, eine gut nachvollziehbare und übersichtliche Darstellung des Verfahrens zu schaffen. Ein weiteres Thema könnte die Verständlichkeit von Anschreiben bzw. Formularen sein, die im Laufe von Entschädigungsverfahren verwendet werden.

Schließlich wird es bei der kindgerechten Justiz um die Festschreibung und Sicherstellung von kindgerechten Vorgehensweisen in den Verfahren gehen.

Nicht nur, aber besonders bei der Bewältigung des schockierenden Ereignisses Brokstedt hat sich ein weiteres Mal die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen der Zentralen Anlaufstelle, der Stabsstelle und der Opferschutzbeauftragten bewährt, die weit über das obligatorische Maß hinausging. Dafür gebührt allen Beteiligten ein großer Dank und eine hohe Anerkennung.

IX

Kurzübersicht über die Tätigkeiten der Opferschutzbeauftragten Juli 2022 bis Dezember 2023:

Juli 2022

- 04.07.2022 • Teilnahme am Besuch der Vorsitzenden des Kinderschutzbundes Landesverband Schleswig-Holstein und der Vorsitzenden des Ortsvereins Kinderschutzbund Flensburg im Childhood Haus in Flensburg, Präsenz
- 06.07.2022 • Teilnahme an der Arbeitsgruppe der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein zum Thema: „OEG-Austauschgespräch“ in Kiel, Präsenz
- 07.07.2022 • Termin mit dem Abteilungsleiter II 3 im Ministerium für Justiz und Gesundheit in Kiel zum Thema: „Aufgaben der Opferschutzbeauftragten“ und anschließende Besprechung mit der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 11.07.2022 • Besprechung mit dem Antisemitismusbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein, der Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft sowie einer Mitarbeiterin der Zentralen Anlaufstelle in Schleswig zum Thema „Strafverfolgung bei antisemitischen Straftaten“, Präsenz
- 12.07.2022 • Teilnahme an der Außenstellenleitertagung des WEISSEN RINGs e.V. zum Thema: „Vorstellung der Arbeit der Opferschutzbeauftragten“ in Neumünster, Präsenz

Aug. 2022

- 09.08.2022 • Besprechung mit der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 12.08.2022 • Besprechung mit der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 17.08.2022 • Teilnahme am Besuch von Mitarbeiterinnen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) im Childhood Haus in Flensburg, Präsenz
- 18.08.2022 • Teilnahme am Treffen mit der Moderatorin des NDR zur Vorbereitung des Opferschutztages der Stabsstelle Opferschutz des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 19.08.2022 • Teilnahme am Treffen mit einer Mitarbeiterin des Betroffeneninitiative sexueller Missbrauch Schleswig-Holstein im Ministerium für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 25.08.2022 • Teilnahme an einem Treffen mit der Landesvorsitzenden des WEISSEN RING e.V., zwei Außenstellenleitern des WEISSEN RINGs e.V. für Plön und Kiel, der stellvertretenden Geschäftsführung des Landesverband Frauenberatung Schleswig-Holstein e.V., zwei Mitarbeiterinnen des Frauennotrufs Kiel e.V. zum Thema: „Psychosoziale Prozessbegleitung“ in Kiel, Präsenz
- 25.08.2022 • Teilnahme an der Jubiläumsveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen des Kinderschutzbundes Schleswig-Holstein in Kiel, Präsenz
- 31.08.2022 • Besprechung mit der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz

Sept. 2022

- 05.09.2022 • Treffen mit Mitarbeiterinnen des World Future Council Austausch zu kindgerechten Verfahren, Hamburg, Präsenz
- 06.09.2022 • Vortrag beim Rotary Club Nordertor Flensburg zum Thema: „Childhood Haus“ in Flensburg, Präsenz
- 09.09.2022 • Teilnahme am Fachtag der Opferhilfen Berlin zum Projekt „pro-aktiv Betroffene stärken, Brücken bauen“, Berlin, Präsenz

- 14.09.2022
- Besprechung mit einer Mitarbeiterin des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landtages Schleswig-Holstein sowie der Landesvertretung Schleswig-Holstein und einer Mitarbeiterin der Zentralen Anlaufstelle zum Thema: „30. Jahrestag des Anschlags in Mölln“, Vorbereitung Herausgabe einer Publikation, digital
- 19.09.2022
- Teilnahme am Besuch der Ministerin für Justiz und Gesundheit im Childhood Haus in Flensburg, Präsenz
- 19.09.2022
- Besprechung mit der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige des Ministeriums für Justiz und Gesundheit, digital
- 22.09.2022
- Vorbereitung Opferschutztag mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stabsstelle Opferschutz des Ministeriums für Justiz und Gesundheit im Nordkolleg in Rendsburg, Präsenz
- 23.09.2022
- Teilnahme am 1. Opferschutztag der Stabsstelle Opferschutz des Ministeriums für Justiz und Gesundheit und der Opferschutzbeauftragten im Nordkolleg in Rendsburg, Präsenz
- 29.09.2022
- Vortrag zur Veranstaltung „Primum non nocere“ - The challenges of caring traumatized children“, European final conference, Rom, der European Commission, IRPS, Thema: Challenges of conducting child-friendly court interviews - how trauma-informed can the judiciary be?, digital
- Okt. 2022**
- 04.10.2022
- Durchführung eines Interviews durch die Opferschutzbeauftragte, der Referentin im Büro des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen und einer Mitarbeiterin der Zentralen Anlaufstelle mit dem ehemaligen Bundesanwalt des Generalbundesanwaltes im Rahmen der beabsichtigten gemeinsamen Publikation mit dem Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen: „Broschüre - 30 Jahre Anschlag in Mölln“, digital
- 05.10.2022
- Vorstellung der Stabsstelle Opferschutz, der Zentralen Anlaufstelle, der Opferschutzbeauftragten und der Themen im Bereich Opferschutz bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der Staatsanwaltschaft Flensburg, Präsenz
- 06./07.10.2022
- Teilnahme am Symposium im Bundesministerium für Justiz zum Thema: „Therapie und Glaubhaftigkeit“ in Berlin, Präsenz
- 26.10.2022
- Teilnahme am „Runden Tisch mit den Opferhilfeorganisationen“ des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- Nov. 2022**
- 02.11.2022
- Teilnahme am 15. Landesweiten Fachforum Kinderschutz in Kiel, Thema „Die besonderen Schutzbedürfnisse und Risikofaktoren von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen“, Präsenz
- 03.11.2022
- Teilnahme an der Abschlussveranstaltung EU-Projekt INTIT: „Einladung - Abschlussveranstaltung EU-Projekt INTIT: Trauma-Informed Care (TIC) Integrierte traumainformierte Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Gewalterfahrungen, digital
- 09.11.2022
- Besuch der Jüdischen Gemeinde Kiel mit der Antisemitismusbeauftragten des Generalstaatsanwaltes und einer Mitarbeiterin der Zentralen Anlaufstelle, Kiel
- 11.11.2022
- Besprechung mit der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige des Ministeriums für Justiz und Gesundheit, digital
- 16.11.2022
- Teilnahme am Treffen mit einer Mitarbeiterin und einem Mitarbeiter des Zentrums für Betroffene rechter Angriffe (Zebra e.V.), dem Leiter der Stabsstelle Opferschutz und den Mitarbeiterinnen der Zentralen Anlaufstelle im Ministerium für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 24.11.2022
- Treffen mit einer Mitarbeiterin des Christlichen Jugenddorfwerks (cjd) Hamburg und einer Mitarbeiterin der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung SH zur Vorbereitung einer Fortbildungsveranstaltung zum Thema: „Trauma und belastende Situationen in der Ermittlungsarbeit“ für die Polizei und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatsanwaltschaften sowie der Strafjustiz des Landes Schleswig-Holstein, digital

- 25.11.2022
- Teilnahme und Vortrag bei der Veranstaltung „Forensische Gespräche“ der Rechtsmedizin des UKSH Kiel und Lübeck zum Thema : “Von der Schweigepflicht bis zur Hauptverhandlung - Rechtsfragen der klinischen Rechtsmedizin“ in Lübeck, Präsenz
- 28.11.2022
- Teilnahme an der Sitzung der Lenkungsgruppe des Childhood Hauses in Flensburg, Präsenz
- 29.11.2022
- Teilnahme an der Veranstaltung des Deutschen Kinderhilfswerkes: Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland messen und bewerten - mit dem Child Participation Assessment Tool des Europarates, digital
- 30.11.2022
- Teilnahme und Grußwort beim Fachtag des Landesverbandes pro familia und dem Kinderschutzbund Schleswig-Holstein zum Thema: „Sexuelle Gewalterfahrungen im Kindes- und Jugendalter“ in Flensburg, Präsenz
- 30.11.2022
- Teilnahme am Fachgespräch des Bundes und mit den Zentralen Opferschutzstrukturen der Länder, digital
- Dez. 2022**
- 07.12.2022
- Telefonat zwecks Abstimmung mit dem Fortbildungsreferenten des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts zur Organisation einer Fortbildung für Referendarinnen und Referendare zum Thema: „Opferschutz“
- 07.12.2022
- Telefonat zwecks Austausch mit einer Richterin des Amtsgerichts Flensburg zum Thema: „Gewaltschutz“
- 08.12.2022
- Teilnahme am „Best Practice Treffen“ des Bundes und der Länder, digital
- 09.12.2022
- Persönliches Gespräch mit einer Betroffenen eines versuchten Tötungsdeliktes zu Informationen und Unterstützungsmöglichkeiten mit anschließendem Telefonat mit dem Leiter der Mordkommission der zuständigen Kriminalpolizei
- 14.12.2022
- Vortrag beim Treffen der Arbeitsgruppe „Prozess“ des Frauennotrufes in Bielefeld zum Thema: „Richterliche Videoübernehmung, Childhood Haus“, digital
- 18.12.2022
- Teilnahme an der 7. Gedenkveranstaltung der Yagmur Gedächtnis Stiftung für Yagmur im Hamburger Rathaus zum Thema: „Wie geht es weiter mit dem Kinderschutz und den Kinderrechten? in Hamburg, Präsenz
- Jan. 2023**
- 11.01.2023
- Besprechung mit der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 11.01.2023
- Teilnahme am Neujahrsempfang der Landesregierung auf Gut Immenhof in Malente, Präsenz
- 18.01.2023
- Teilnahme am Neujahrsempfang des Bundesministeriums für Justiz in Berlin, Präsenz
- 25.01.2023
- Besuch des Childhood Hauses in Hamburg u. a. mit der stellvertretenden Geschäftsführerin von pro familia Schleswig-Holstein in Hamburg, Präsenz
- 25.01.2023
- Aufgrund einer Messerattacke in einem Regionalzug bei Brokstedt mit zwei Todesopfern und mehreren Verletzten:
Kontaktaufnahme zu einer Mitarbeiterin des Bundesopferbeauftragten zwecks Abklärung der Zuständigkeit sowie Kontaktaufnahme zur Zentralen Anlaufstelle im Ministerium für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 26.01.2023
- Teilnahme an der Lagebesprechung zum Messerangriff in der Regionalbahn bei Brokstedt mit dem Leiter der Stabsstelle Opferschutz und den Mitarbeiterinnen der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige zwecks Absprachen zum weiteren Vorgehen zum Messerangriff, Pressearbeit (Organisation Interview NDR) und Vorbereitung Runder Tisch der Opferhilfeorganisationen im Ministerium für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 26.01.2023
- Interview - live - beim NDR (Schleswig-Holstein Magazin) zu dem Ereignis eines Messerangriffs in der Regionalbahn bei Brokstedt und Maßnahmen des Opferschutzes in Kiel, Präsenz

- 27.01.2023
- Teilnahme am 1. Runden Tisch in Brokstedt aufgrund des Messerangriffs in der Regionalbahn bei Brokstedt mit allen beteiligten Akteuren/Hilfsorganisationen und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stabsstelle Opferschutz aus dem Ministerium für Justiz und Gesundheit, digital
- 30.01.2023
- Teilnahme an der Lagebesprechung zum Messerangriff in der Regionalbahn bei Brokstedt mit dem Leiter der Stabsstelle Opferschutz und den Mitarbeiterinnen der Zentralen Anlaufstelle des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, digital
- 31.01.2023
- Teilnahme an der Lagebesprechung zum Messerangriff in der Regionalbahn bei Brokstedt mit dem Leiter der Stabsstelle Opferschutz und den Mitarbeiterinnen der Zentralen Anlaufstelle des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, digital
- Feb. 2022**
- 01.02.2023
- Teilnahme an der Lagebesprechung zum Messerangriff in der Regionalbahn bei Brokstedt mit dem Leiter der Stabsstelle Opferschutz und den Mitarbeiterinnen der Zentralen Anlaufstelle des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, digital
- 02.02.2023
- Teilnahme an der Lagebesprechung zum Messerangriff in der Regionalbahn bei Brokstedt mit dem Leiter der Stabsstelle Opferschutz und den Mitarbeiterinnen der Zentralen Anlaufstelle des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, digital
- 03.02.2023
- Teilnahme an der Lagebesprechung zum Messerangriff in der Regionalbahn bei Brokstedt mit dem Leiter der Stabsstelle Opferschutz und den Mitarbeiterinnen der Zentralen Anlaufstelle des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, digital
- 05.02.2023
- Teilnahme am Gedenkgottesdienst der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland in der Vicelinkirche in Neumünster bezüglich des Messerangriffs in der Regionalbahn bei Brokstedt, Präsenz
- 06.02.2023
- Teilnahme am 2. Runden Tisch in Brokstedt aufgrund des Messerangriffs in der Regionalbahn bei Brokstedt mit allen beteiligten Akteuren/Hilfsorganisationen und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stabsstelle Opferschutz des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Brokstedt, Präsenz
- 08.02.2023
- Teilnahme an Besprechung mit dem Leiter der Stabsstelle Opferschutz und den Mitarbeiterinnen der Zentralen Anlaufstelle des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, digital
- 08.02.2023
- Gespräch mit der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Schleswig-Holstein in Kiel, Präsenz
- 10.02.2023
- Besprechung zur Vorbereitung der Fortbildung zum Thema „Trauma und belastende Situationen in der Ermittlungsarbeit“ für die Polizei und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatsanwaltschaften sowie Straf- und Ermittlungsgerichte des Landes Schleswig-Holstein, digital
- 10.02.2023
- Teilnahme beim Besuch des Staatssekretärs des Ministeriums für Justiz und Gesundheit im Childhood Haus in Flensburg, Präsenz
- 16.02.2023
- Organisation und Teilnahme am Treffen Nordverbund zum gemeinsamen Austausch der Opferschutzbeauftragten und Anlaufstellen von Niedersachsen, Bremen und Hamburg im Ministerium für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 22.02.2023
- Teilnahme an der Besprechung mit dem Leiter der Stabsstelle Opferschutz und den Mitarbeiterinnen der Zentralen Anlaufstelle des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 24.02.2023
- Teilnahme am Termin zum Thema: „Öffentlichkeitsarbeit Psychosoziale Prozessbegleitung“ mit Mitarbeiterinnen des Landespolizeiamtes in Kiel, Prozessbegleiterinnen sowie einer Mitarbeiterin des Referats II 24 des Ministeriums für Justiz und Gesundheit und einer Mitarbeiterin der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige in Kiel, Präsenz
- 24.02.2023
- Teilnahme an einer Besprechung zum Thema: „Pressearbeit“ zum Messerangriff in der Regionalbahn bei Brokstedt mit dem Leiter der Stabsstelle Opferschutz und den Mitarbeiterinnen der Zentralen Anlaufstelle des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz

- 24.02.2023
- Teilnahme am Termin mit der Ministerin, dem Leiter der Stabsstelle Opferschutz und den Mitarbeiterinnen der Zentralen Anlaufstelle des Ministeriums für Justiz und Gesundheit zum Thema: „Messerangriff in der Regionalbahn bei Brokstedt“ in Kiel, Präsenz
- 28.02.2023
- Telefoninterview bezüglich einer Bachelorarbeit zum Thema: „Opferschutz von der Strafanzeige zur Gerichtsverhandlung“
- März 2023**
- 01.03.2023
- Teilnahme an Besprechung mit dem Leiter der Stabsstelle Opferschutz und den Mitarbeiterinnen der Zentralen Anlaufstelle des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 02.03.2023
- Teilnahme an Besprechung mit einem Mitarbeiter des Landespolizeiamtes Schleswig-Holstein und zwei Mitarbeitern der Psychosozialen Notfallversorgung Schleswig-Holstein sowie dem Leiter der Stabsstelle Opferschutz und den Mitarbeiterinnen der Zentralen Anlaufstelle des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 02.03.2023
- Teilnahme am 1. Treffen der Arbeitsgruppe „Umgang mit Medien“ der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen und Schleswig-Holstein, digital
- 06.03.2023
- Vortrag beim Rotary Club Flensburg zum Thema: „Aufgaben der Opferschutzbeauftragten“ in Flensburg, Präsenz
- 08.03.2023
- Teilnahme am Fachtag Opferschutz auf Einladung des Landesopferbeauftragten der Freien Hansestadt Bremen in Bremen und Vortrag, Präsenz
- 11.03.2023
- Teilnahme an der Veranstaltung des Bundesministeriums der Justiz zum Nationalen Gedenktag für Opfer terroristischer Gewalt in Berlin, Präsenz
- 16.03.2023
- Teilnahme am 3. Runden Tisch in Brokstedt aufgrund des Messerangriffs in der Regionalbahn bei Brokstedt mit allen Beteiligten/Hilfsorganisationen und Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stabsstelle Opferschutz des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Brokstedt, Präsenz
- 16.03.2023
- Termin mit der Ministerin für Justiz und Gesundheit im Ministerium für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 17.03.2023
- Teilnahme an Besprechung mit dem Staatssekretär und dem Leiter der Stabsstelle Opferschutz sowie den Mitarbeiterinnen der Zentralen Anlaufstelle des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 27.03.2023
- Teilnahme an der Sitzung Lenkungsgruppe Childhood Haus in Flensburg, Präsenz
- 03.04.2023
- Besuch der Bezirkskriminalinspektion Itzehoe zum Thema: „Vorstellung der Aufgaben der Opferschutzbeauftragten und der Zentralen Anlaufstelle“ in Itzehoe, Präsenz
- 24.04.2023
- Gespräch mit dem Bürgermeister der Gemeinde Brokstedt sowie den Betreuerinnen des Jugendtreffs in Brokstedt und einer Mitarbeiterin der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Brokstedt, Präsenz
- 26.04.2023
- Einladung und Teilnahme am Runden Tisch zum Thema: „Interdisziplinärer Erfahrungsaustausch zum Gewaltschutz - Vollstreckung von Schutzanordnungen“ mit der Staatssekretärin des Ministeriums für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung, Mitarbeiterinnen der Amtsgerichte Ahrensburg und Flensburg, des Landesverbandes Frauenberatung Schleswig-Holstein e. V., der KIK-Koordinierungsstelle Schleswig-Holstein, dem Leiter des Sachgebiets 111 des Landeskriminalamts Kiel, Mitarbeiterinnen der Präventionsstelle der Polizeidirektion Lübeck und des Landespolizeiamtes Schleswig-Holstein, einem Vertreter der Anwaltschaft sowie Mitarbeiterinnen aus dem Referat II 30 aus dem Ministerium für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 27.04.2023
- Teilnahme am 2. Treffen der Arbeitsgruppe „Umgang mit Medien, Medienkompetenz“ der Opferschutzbeauftragten der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen und Schleswig-Holstein, digital

Mai 2023

- 02.05.2023 • Teilnahme an der Gemeinsamen Fortbildungsveranstaltung für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts und des Generalstaatsanwaltes des Landes Schleswig-Holstein zu den Themen: „Opferschutz, Psychosoziale Prozessbegleitung, Childhood Haus Flensburg und richterliche Videovernehmung“ im Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht in Schleswig, Präsenz
- 03.05.2023 • Teilnahme an dem Fachgespräch des Innen- und Rechtsausschuss zum Thema „Bekämpfung von Kinderpornographie zu einem Schwerpunkt der Polizeiarbeit machen“ im Landeshaus in Kiel, Präsenz
- 05.05.2023 • Teilnahme am Jubiläum Childhood Haus in Flensburg, Präsenz
- 08.05.2023 • Teilnahme an der Arbeitsgruppe zum Thema: „Polizeiliches Intranet – Psychosoziale Prozessbegleitung“ mit Mitarbeiterinnen und einem Mitarbeiter des Landespolizeiamtes Schleswig-Holstein und Prozessbegleiterinnen, Präsenz
- 23.05.2023 • Teilnahme am Fachgespräch der Opferschutzbeauftragten und der zentralen Opferschutzstrukturen der Länder in Mainz, Präsenz
- 31.05.2023 • Teilnahme als Beiratsmitglied an der Sitzung des Deutschen Kinderhilfswerks (dkhw) zum Thema: „Evaluation kindgerechter Justiz“, digital

Juni 2023

- 07.06.2023 • Besprechung im Ministerium für Justiz und Gesundheit mit einer Mitarbeiterin der Zentralen Anlaufstelle in Kiel, Präsenz
- 07.06.2023 • Teilnahme an der Veranstaltung „Verleihung der Nick-Knatterton Mütze“ durch den Bund Deutscher Kriminalbeamter, Kiel, Präsenz
- 08.06.2023 • Vortrag bei der Fortbildungsveranstaltung der Generalstaatsanwaltschaft für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Amtsanwältinnen und Amtsanwälte in der Verwaltungsakademie Bordsesholm, Präsenz
- 10.06.2023 • Teilnahme am Treffen der Landesvorsitzenden des WEISSEN RINGs e.V. Schleswig-Holstein und Hamburg sowie dem Opferschutzbeauftragten Hamburg und deren Mitarbeitern, Präsenz
- 09.06.2023 • Teilnahme an der Veranstaltung der Polizeidirektion Ratzeburg, der Stadt Reinfeld und der Universität zu Lübeck zur gemeinsamen Großübung zum Thema „Amok“, Reinfeld, Präsenz
- 14.06.2023 • Teilnahme an Besprechung mit dem Leiter der Stabsstelle Opferschutz und den Mitarbeiterinnen der Zentralen Anlaufstelle des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 15.06.2023 • Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung für das erste Childhood Haus in Bayern, München, Präsenz
- 23.06.2023 • Teilnahme an der Besprechung der Koordinierungsstelle des Deutschen Kinderhilfswerks zum Thema „Entwicklung von Empfehlungen für die Umsetzung einer kindgerechten Justiz in Deutschland“, digital
- 23.06.2023 • Teilnahme an der Eröffnung des neuen Kinderhauses des Kinderschutzbundes Flensburg, Präsenz
- 28.06.2023 • Teilnahme an der Sitzung der Lenkungsgruppe Childhood Haus, Flensburg, Präsenz
- 29.06.2023 • Vortrag bei der Fortbildungsveranstaltung „Kindgerechte Justiz“ des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt, Magdeburg, Präsenz

Juli 2023

- 05.07.2023 • Interview mit einer Mitarbeiterin des Fernsehsenders RTL zum Prozess des Messerangriffs in der Regionalbahn in Brokstedt, Flensburg, Präsenz
- 05.07.2023 • Besprechung mit einer Mitarbeiterin der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung SH und einer Mitarbeiterin des Christlichen Jugenddorfwerks Deutschland (cjd) zu der Vorbereitung einer Fortbildung für Polizei, Staatsanwaltschaften und Strafjustiz des Landes Schleswig-Holstein zum Thema „Trauma und belastende Situationen in der Ermittlungsarbeit“, digital

- 06.07.2023 • Vortrag bei der Fachkonferenz der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung zum Thema „Häusliche Gewalt“, Altenholz, Präsenz
- 12.07.2023 • Besprechung mit der Stabsstelle Opferschutz des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 12.07.2023 • Teilnahme am „Best Practice Treffen“ des Bundesministeriums für Justiz und der Länder, digital
- 21.07.2023 • Besprechung mit der Stabsstelle Opferschutz des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 27.07.2023 • Teilnahme und Input beim 4. Treffen der „Arbeitsgruppe Medien“ der Opferschutzbeauftragten der Länder, digital

- August 2023**
- 04.08.2023 • Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Flensburg in Anwesenheit u. a. des Oberbürgermeisters der Stadt, Flensburg, Präsenz

- September 2023**
- 06.09.2023 • Besprechung mit der Stabsstelle Opferschutz des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 07.09.2023 • Besprechung mit der Leiterin der Beratungsstellen Wagemut und Löwenherz, Flensburg, Präsenz
- 08.09.2023 • Gespräch mit dem Leiter der Stabsstelle Opferschutz, dem Psychologen des Ministeriums für Justiz und Gesundheit und den Angehörigen eines bei dem Messerangriff in der Regionalbahn in Brokstedt getöteten Opfers in Kiel, Präsenz
- 12.09.2023 • Grußwort bei der Jubiläumsfeier des Childhood Hauses „Jubelei“ in Flensburg, Präsenz
- 13.09.2023 • Teilnahme an dem Treffen des Expertenbeirats zum Projekt: „Referenzpersonen an Schulen für Fragen des sexuellen Missbrauchs“ der Universität Flensburg, Flensburg, Präsenz
- 21.09.2023 • Grußwort bei der Fortbildung zum Thema: „Trauma und belastende Situationen in der Ermittlungsarbeit“ für Polizei, Staatsanwaltschaft und Strafjustiz des Landes Schleswig-Holstein, Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung (FHVD), Altenholz, Präsenz
- 27.09.2023 • Besprechung mit der Stabsstelle Opferschutz des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz

- Oktober 2023**
- 09.10.2023 • Teilnahme an der Sitzung der Lenkungsgruppe Childhood Haus, Flensburg, Präsenz
- 12.10.2023 • Teilnahme an der Sitzung der Arbeitsgruppe des Nationalen Rates, Austausch zu aktuellen Themen und Aktivitäten, digital
- 13.10.2023 • Besprechung mit dem Bundesopferbeauftragten, Opferschutzstrukturen und der Opferschutzbeauftragten der Länder zu den Angriffen in Israel, digital
- 26./27.10.2023 • Teilnahme am Fachgespräch des Bundes mit den Zentralen Opferhilfestrukturen der Länder zum Thema: „Gestaltung von Denkmälern und Erinnerungskultur in Zusammenhang mit terroristischer Gewalt: eine kunsthistorische Perspektive“ in Berlin, Präsenz

- November 2023**
- 01.11.2023 • Teilnahme am „Runden Tisch mit den Opferhilfeorganisationen“ des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 09.11.2023 • Besprechung mit der Stabsstelle Opferschutz des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 15.11.2023 • Vorbereitung 2. Opferschutztag mit der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige des Ministeriums für Justiz und Gesundheit, Kiel, Präsenz

- 15.11.2023
 - Vorbereitung der Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Messerangriffs in einer Regionalbahn bei Brokstedt mit Mitarbeiterinnen der Staatskanzlei und der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige des Ministeriums für Justiz und Gesundheit, Brokstedt, Präsenz
- 16.11.2023
 - Teilnahme am 5. Treffen der „AG Medien“ der Bundesländer, digital
- 17.11.2023
 - Teilnahme an der Arbeitsgruppe zum Thema: „OEG-Austauschgespräch“ der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein, Kiel, Präsenz
- 23.11.2023
 - Besuch der Veranstaltung „Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland und Schleswig-Holstein“, Landeshaus, Kiel, Präsenz
- 27.11.2023
 - Vortrag bei Mitgliederversammlung Arbeitskreis der Opferhilfen in Deutschland (ado): „Erfahrungsbericht der Landesopferbeauftragten für Opferschutz in Schleswig-Holstein zu den Aufgaben einer Landesopferbeauftragten und zur Zusammenarbeit der zentralen Anlaufstelle mit den Opferhilfeeinrichtungen“, Magdeburg, Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz, Präsenz
- 29.11.2023
 - Vorbereitung und Begrüßung für die Fortbildung des Fachforums Kinderschutz Flensburg: „Richterliche Videovernehmung“, Childhood Haus Flensburg, Präsenz

- Dezember 2023**
- 04.12.2023
 - Teilnahme am 2. Opferschutztag der Stabsstelle Opferschutz des Ministeriums für Justiz und Gesundheit und der Opferschutzbeauftragten, Neumünster, Präsenz
- 13.12.2023
 - Besprechung mit der Stabsstelle Opferschutz des Ministeriums für Justiz und Gesundheit in Kiel, Präsenz
- 20.12.2023
 - Teilnahme an Videokonferenz des Bundesopferbeauftragten zum aktuellen Stand der Angriffe in Israel vom 7. Oktober, digital
- 21.12.2023
 - Vortrag bei der Fallkonferenz der Childhood Foundation Deutschland: „Umsetzung der Opferrechte in der Praxis“, digital

Herausgeber:

Ministerium für Justiz und Gesundheit
des Landes Schleswig-Holstein
Lorentzendam 35
24103 Kiel

Die Landesregierung im Internet:
www.schleswig-holstein.de

Titelfoto: © Scott Webb, unsplash.com
Foto der Ministerin für Justiz und Gesundheit, S.1: © Frank Peter

